



DR. OTTO WIESHEU

Bayern und Deutschland haben gewählt. Im Freistaat hat die neue Staatsregierung unter Ministerpräsident Seehofer ihre Arbeit bereits aufgenommen, in Berlin laufen die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und Sozialdemokraten auf Hochtouren. Anders als die vorangegangenen starten die neuen Regierungen nicht in Krisenzeiten. Die Lage in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland ist insgesamt gut, in Bayern noch besser. Dennoch können sie sich nicht auf Lorbeeren ausruhen. In zentralen Bereichen besteht deutlicher Handlungsbedarf, müssen rasch grundlegende Entscheidungen getroffen werden.

- Allen voran gilt dies für die Energiewende, die unter den gegenwärtigen Bedingungen immer mehr aus dem Ruder läuft.
- Daneben droht der Verschleiß, auf den wir die Infrastruktur seit Jahren fahren, die Basis unseres Wohlstands zu untergraben.
- Die Konjunktur ist volatil geworden. Der globale Wettbewerb geht unvermindert weiter.
- Technologische Umbrüche können jederzeit die Geschäftsmodelle ganzer Branchen in Frage stellen.
- Auch wenn derzeit Ruhe an den Finanzmärkten herrscht, ist die europäische Staatsschuldenkrise noch nicht Vergangenheit.
- Nicht zuletzt bleibt der demografische

Nach den Wahlen in Bayern und im Bund Was jetzt zu tun ist

Wandel, d.h. die Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft, eine dauerhafte Herausforderung.

Die Wirtschaftspolitik in Bund und Land muss sich bei ihren Antworten auf diese Herausforderungen von einer klaren Dreifachstrategie leiten lassen. Anders werden wir unsere Position als einer der führenden Standorte weltweit mit allem, was darauf an hochwertiger Beschäftigung, Wohlstand, sozialer Sicherheit, Fortschritten im Umweltschutz, kulturellen Leistungen etc. aufbaut, nicht verteidigen können:

Erstens darf die industrielle Basis nicht durch falsche Entscheidungen untergraben werden. Von einem starken verarbeitenden Gewerbe, das sich auf den Weltmärkten erfolgreich behauptet, hängen auch Handwerk und das Dienstleistungsgewerbe ab. Bei der Frage, wovon wir leben wollen, spielt die Industrie auch in Zukunft eine zentrale Rolle.

Zweitens müssen sich unsere mittelständischen Betriebe, durch günstige Rahmenbedingungen unterstützt, im Wettbewerb erfolgreich behaupten und weiterentwickeln können. Ohne falsche Gegensätze zu den Großunternehmen konstruieren zu wollen: Die kleinen und mittleren Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Mehr noch: Der Mittelstand verkörpert nicht nur Wirtschaftskraft, er stellt nicht nur die Mehrzahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze bereit. Er trägt auch wesentlich dazu bei, Staat und Gesellschaft zusammenzuhalten.

Drittens wären wir schlecht beraten, das wirtschaftliche Potential und die dynamischen Kräfte in unseren ländlichen Regionen verkümmern zu lassen und alles auf die Karte der großen Verdichtungsräume zu setzen. Eine gleichermaßen positive Entwicklung der Metropolregionen und der ländlichen Räume zu fördern und sicherzustellen, bleibt ein strategisches Ziel der Politik.

Dabei bedarf stringente Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren mehr denn je einer klaren ordnungspolitischen Orientierung. Kommunismus und Sozialismus sind an ihren inneren Widersprüchen gescheitert. Überzogenes Laissez faire hat der Welt am Ende des letzten Jahrzehnts ausgehend von den Finanzmärkten eine der schlimmsten Krisen überhaupt beschert. Die Soziale Marktwirtschaft bleibt der beste Kompass. Wirtschaft muss auf Werten basieren: Freiheit und Verantwortung, die Wahrnehmung von Chancen geknüpft an die Haftung für Risiken, Subsidiarität als Grundprinzip der Verteilung von Zuständigkeiten, Solidarität, vorrangig definiert als Hilfe zur Selbsthilfe, als Befähigung zur Teilhabe. Wir brauchen einen starken Staat, der den Märkten Leitplanken vorgibt – Leitplanken, die auf allen Märkten für einen fairen, stabilen Leistungswettbewerb sorgen. Wir brauchen einen Staat, der die Einhaltung der Regeln national und – bei wachsender Globalisierung zunehmend auch international – konsequent durchsetzt. Aber wir brauchen keinen Staat, der selbst wirtschaftlich tätig wird. „Reverstaatlichung“ und „Rekommunalisierung“ von Unternehmen wären die falschen Konsequenzen aus der Krise. Der Staat ist nach Ludwig Erhard Schiedsrichter und nicht Mitspieler.

Es sind fünf zentrale Aufgaben, die auf dieser Grundlage von den neuen Parlamenten und Regierungen jetzt entschlossen angegangen und gelöst werden müssen:

Energiewende auf tragfähigere Fundamente stellen: Der bei weitem größte und dringlichste Handlungsbedarf besteht in der Energiepolitik. So wie die Energiewende, die nach Fukushima beschlossen wurde, derzeit abläuft, gefährdet sie unsere wirtschaftliche Basis. Die Stromversorgung ist deutlich instabiler geworden, die Eingriffe der Netzbetreiber häufen sich. Der Strompreis steigt unaufhörlich. Strom droht >> Seite 2

für Mittelstand und Verbraucher beim derzeitigen Subventionsregime für die Erneuerbaren Energien unbezahlbar zu werden. Die CO₂-Bilanz hat sich trotz des starken Aufwuchses beim Sonnen- und Windstrom wegen des vermehrten Einsatzes alter Kohlkraftwerke verschlechtert. Das EEG, das – gegen alle Grundregeln der Ordnungspolitik – einen Einspeisevorrang sowie feste Einspeisevergütungen für die Erneuerbaren Energien garantiert, hat als Markteinführungsprogramm ausgedient. Es muss grundlegend reformiert werden mit dem Ziel, die Produktion von grünem Strom deutlich zu verbilligen und die Produzenten in die Verantwortung für die Versorgungssicherheit einzubeziehen. Anreize für den notwendigen Ausbau der Netze und Speicherkapazitäten sowie für die Bereitstellung von ausreichenden fossilen Regel- und Reservekapazitäten müssen hinzu kommen. Bekanntlich schwankt die Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom massiv. Dabei muss gelten: Nur so viel staatlicher Dirigismus wie nötig und so viel Markt, d.h. Mobilisierung von Privatinitiative und Innovationskraft, wie möglich. Ein „Weiter-so“ mit marginalen Korrekturen ohne Beseitigung grundlegender Fehlentwicklungen darf es nicht geben. Andernfalls wäre eine schleichende Deindustrialisierung mit schweren Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlusten und wachsende soziale Spannungen vorgezeichnet. In den energieintensiven Industrien werden bereits jetzt nur noch 80 Prozent der Abschreibungen reinvestiert. Niemand kann eine Beschleunigung dieser Entwicklung verantworten.

Verkehrsinfrastruktur sanieren, modernisieren und ausbauen – Ausbau des schnellen Internets voran treiben: Die jahrelange Unterfinanzierung im Bundeshaushalt muss in der neuen Legislaturperiode ein Ende haben. Allein um den Sanierungstau abzubauen, müssten in den kommenden eineinhalb Jahrzehnten Jahr für Jahr über 7 Mrd. Euro investiert werden. Von den zahlreichen vordringlichen Neubaumaßnahmen – auch in Bayern – ist dabei noch nicht die Rede. Eine Nation wie Deutschland, die wesentlich vom Außenhandel

lebt, ist existenziell auf eine erstklassige Verkehrsinfrastruktur im Bereich von Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr angewiesen. Export und Import bedeuten zwangsläufig Transport. Mehrere hundert Brücken bei den Schienenwegen und Autobahnen, die sukzessive nicht mehr belastbar sind, sind damit unvereinbar. Es müssen deshalb deutlich mehr Mittel für den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur mobilisiert werden. Auch eine PKW-Maut ist sinnvoll, wenn sie verkehrsgebunden investiert wird und nicht zu entsprechenden Kürzungen im Verkehrshaushalt führt. Nicht weniger wichtig ist der flächendeckende Ausbau der Telekommunikationsnetze für schnelles Internet. Jeder Betrieb muss über einen Breitbandanschluss verfügen können. Die Zukunft der strukturschwächeren Gebiete Bayerns hängt mittlerweile stärker davon ab, als von Investitionszuschüssen. Ohne Breitband als Basisinfrastruktur ist „Digital Bavaria“, eines der großen Zukunftsprojekte der Landespolitik, nicht denkbar.

Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhalten:

Die Agenda 2010 der damaligen rot-grünen Bundesregierung mit ihren Flexibilisierungselementen hat wesentlich zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage in den letzten Jahren beigetragen. Es wäre verhängnisvoll, das Rad in einer großen Koalition unter dem Schlagwort – Bekämpfung von Missbräuchen – zurück zu drehen und die Arbeitsmarktgesetzgebung neuen „Verkrustungen“ zu unterwerfen. Vor allem die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns ist mehr als kritisch zu beurteilen. Es ist offenkundig, dass aus 8,50 Euro, wie sie derzeit gefordert werden, im Zuge eines politischen Überbietungswettbewerbs sehr schnell 9, 10, 11 und mehr Euro werden würden. Ein gesetzlicher Mindestlohn kostet nicht nur Arbeitsplätze. Er verringert zugleich die Chancen schlechter qualifizierter arbeitsloser Arbeitnehmer, den Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Darüber hinaus bliebe die Einführung eines Mindestlohns kaum ohne Rückwirkungen auf die Lohnstruktur. Wir müssten mit einer Verschiebung der gesamten Lohnska-

la nach oben rechnen. Kostengetriebene inflationäre Effekte wären die Folge. Die Arbeitsmarktpolitik sollte sich besser auf gezielte Reformen konzentrieren, die den Bedürfnissen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern entgegen kommen und helfen, den absehbaren Kräftermangel im demografischen Wandel zu bekämpfen. Dazu zählt etwa die Beseitigung von Hemmnissen im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, die einer Beschäftigung von Arbeitnehmern entgegen stehen, die über die gesetzliche Altersgrenze hinaus arbeiten wollen.

Haushalt konsolidieren, Investitionen stärken, Steuern senken:

Deutschland hat kein Einnahmenproblem. Die hohen Zuwächse, die beim Steueraufkommen für die neue Legislaturperiode prognostiziert werden, unterstreichen dies. Steuererhöhungen müssen deshalb tabu sein. Vor allem eine Anhebung der Substanzbesteuerung durch Wiedereinführung der Vermögensteuer, Anhebung der Erbschaftsteuer oder Ausweitung der Gewerbesteuer wäre absolut falsch. Es würde die Krisenanfälligkeit von Unternehmen spürbar erhöhen, wenn sie auch in Verlustphasen besteuert würden. Die Steuermehreinnahmen, die sich abzeichnen, lassen Raum für eine zukunftsorientierte Dreifachstrategie:

Erstens sollte die Nettokreditaufnahme des Bundes – dem Beispiel Bayerns folgend – rasch auf null reduziert werden. Mittelfristig ist die gesamtstaatliche Verschuldung Deutschlands von derzeit rd. 80 Prozent am Bruttoinlandsprodukt auf 60 Prozent zurückzuführen, wie im Vertrag von Maastricht verankert.

Zweitens sind die investiven Ansätze in den Haushalten anzuheben – neben der oben schon erwähnten Verkehrs- und Nachrichteninfrastruktur zugunsten von Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Drittens sollten einige gezielte steuerliche Entlastungsmaßnahmen in der neuen Legislaturperiode angepackt werden – so der Abbau der „kalten Progression“; dabei geht es um die Rückgabe rein inflationsbedingter Steuermehreinnahmen. Wichtig für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes in der Breite ist daneben die

Anzeigen im **KOMPASS** bringen Kontakte!

Fordern Sie die **Mediadaten** an!

1/1
19 x 27,4 cm
1.320,- €

1/2
19 x 13,5 cm
850,- €

1/3
6 x 27,4 cm
19 x 8,8 cm
620,- €

1/4
6 x 20 cm
19 x 6,4 cm
340,- €

1/8
6 x 9,8 cm
9,2 x 6,4 cm
290,- €

Mail: weltbuch@mac.com
oder geben Sie in Ihrem Internet-Browser:
<http://db.tt/QmobHvPD>
ein und Ihnen wird automatisch die PDF übertragen.

steuerliche Förderung von Innovationen. Attraktive degressive Abschreibungsbedingungen sollten hinzu kommen. Deutschland leidet nicht nur an unzureichenden staatlichen Investitionen, sondern auch an einem Nachholbedarf bei den privaten Investitionen. Wirtschaftlich sinnvolle Abschreibungsbedingungen führen am sichersten und schnellsten zur permanenten Erneuerung des Kapitalstocks. Wer laufend investiert, wandert nicht ab.

Europa auf Kurs halten: Die schwere Staatsschuldenkrise, die in den letzten Jahren wie ein Damoklesschwert über der Zukunft Europas hing, ist noch nicht gebannt. Weitere Anstrengungen sind nötig, um sie zu überwinden. Dabei muss auch die neue Bundesregierung eine Vergemeinschaftung von Schulden durch Eurobonds kategorisch ablehnen. Ebenso wenig darf sich Deutschland in eine Transferunion drängen lassen. Beides widerspricht den Europäischen Verträgen. Hilfen für die Krisenstaaten kann es auch künftig nur gegen Haushaltsdisziplin und Reformen geben, die zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führen. Jedes Land ist und bleibt primär für sich selbst verantwortlich. Die Vermischung von Geld- und Finanzpolitik durch die EZB ist vertragswidrig und auf Dauer nicht tolerabel. Die extreme Niedrigzinspolitik enteignet Sparer, führt zur Fehlleitung von Kapital und fördert neue Blasenbildungen. Aufgabe der EZB ist es, stabile Preise zu sichern. Darauf hat sie sich zu konzentrieren. Eine nochmalige schwere Finanzkrise würde die Fundamente unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedrohen. Deshalb muss die bessere Regulierung der Finanzmärkte mit dem Ziel, die Finanzarchitektur zu stabilisieren, weiter voran getrieben werden. Es geht hier um Schattenbanken, Hedge-Fonds und das Riesenvolumen an Deviraten, nicht primär um die kreditgebundenen Banken. Kleine, mittlere und große Unternehmen brauchen Heimatbanken, die weiterhin in der Lage sind, ihre nationalen und internationalen Aktivitäten zu finanzieren und zu begleiten.

Zusammenfassend zeigt sich: Bundes- und Landespolitik stehen vor herausfordernden Jahren. Eine ganze Reihe unbequemer Entscheidungen ist zu treffen. Sie müssen – auch gegen Widerstände – getroffen werden, um Deutschland und Bayern im globalen Wettbewerb der Standorte zukunftsfähig zu erhalten. Der Wirtschaftsbeirat wird die Politik dabei gerne unterstützen.

DR. OTTO WIESHEU
Präsident

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

die Bürger in Bayern und in Deutschland haben gewählt. In München hat sich der neue Landtag, in Berlin der neue Bundestag konstituiert.

Im Freistaat hat die CSU die absolute Mehrheit unter der Führung von Ministerpräsident Horst Seehofer wiedergewonnen. Die schwarz-gelbe Koalition ist eine Episode geblieben. Damit kann in den nächsten fünf Jahren Wirtschaftspolitik aus einem Guss betrieben werden. Absolute Mehrheiten haben Bayern nicht zum Schaden gereicht. Ein Rückblick auf die letzten Jahrzehnte zeigt das.

Die neue Staatsregierung hat ihre Arbeit bereits aufgenommen. Die weitreichenden Umbauten bei den Ressortzuständigkeiten verbunden mit einer Bündelung der Kräfte versprechen eine effiziente Regierungsarbeit. So wird die Energiepolitik Bayerns auf Landesebene, im Bund und in Europa künftig vollständig von Staatsministerin Ilse Aigner verantwortet. Bayern wird in dieser Frage von jetzt an mit einer Stimme sprechen. Die neue Ministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie bringt zudem langjährige bundespolitische Erfahrung mit. Sie ist in Berlin bestens vernetzt. Ihr Wort hat in der Bundeshauptstadt Gewicht. Das ist gut so, nachdem das Gelingen der Energiewende wesentlich von bundespolitischen Weichenstellungen ab-

hängt. Für Bayern mit seiner starken industriellen Basis geht es dabei um viel.

Im Bund hat die Union die absolute Mehrheit knapp verfehlt. Die Liberalen sind an der 5-Prozent-Hürde gescheitert und erstmals seit 1949 nicht mehr im Bundestag vertreten. Die Folge sind schwierige Koalitionsverhandlungen. An ihrem Ende wird aller Voraussicht nach die Neuaufgabe einer schwarz-roten Regierung stehen, weiterhin geführt von Bundeskanzlerin Merkel, sofern die SPD-Basis dem Verhandlungsergebnis zustimmt. Eine schwarz-grüne Regierung hätte zweifellos den Reiz des Neuen gehabt. Bei den zentralen Aufgaben, die in den nächsten vier Jahren gelöst werden müssen, erscheint freilich die Schnittmenge mit der SPD größer. Hinzu kommt: Auch Schwarz-Rot hat zwar noch keine Mehrheit im Bundesrat. 2014 könnte sich dies aber bereits ändern. Die Blockadepolitik hätte dann ein Ende. Die notwendigen Entscheidungen können dann mit breiter demokratischer Mehrheit getroffen werden.

Auf Lorbeeren ausruhen kann sich die neue Bundesregierung nicht. Bereits der Stillstand, der im Bund wahlkampfbedingt über Monate hinweg herrschte, war angesichts eines unübersehbaren Entscheidungstaus in zentralen Bereichen nur schwer erträglich. Er kann und darf sich nicht monatelang fortsetzen, weil die Koalitionspartner sich erst einmal in Grundsatzdiskussionen erschöpfen. Vom „Wahlkampfmodus“ muss jetzt rasch in den „Arbeitsmodus“ umgeschaltet werden. Keines der drängenden Probleme hat sich in Luft aufgelöst. Es brennt vor allem in der Energiepolitik, aber nicht nur dort, ganz erheblich.

Was jetzt zu tun ist, hat Präsident Dr. Wiesheu in seinem Leitartikel in dieser Ausgabe knapp und präzise umrissen. Das Thema wird uns auch bei der kommenden Generalversammlung beschäftigen. Ich würde mich freuen, Sie am 13. November im Bayerischen Hof begrüßen zu können.

Herzlichst Ihr
JÜRGEN HOFMANN

Wir begrüßen herzlich unsere neuen Mitglieder

- Alexander Stanzl, Edling
- Corinna Ruppel, LL.M, AllBytes, Rosenheim
- LSG & Kollegen GmbH, Dipl.-Kfm. Kai Matthias Liebe, München
- Arena One GmbH, München
- Werner Walter, München
- BSF Steuerberatungsgesellschaft mbH, Bad Feilnbach
- HWP Rechtsanwälte, Dinkelsbühl
- Dr. Albrecht Schäfer, München
- Speakers Excellence Alpine GmbH, Rosenheim
- Dr. Urs Brunner, Brunner & Co, München
- Marcus Weber, Bayerisch Gmain

BASEL III

Europäische Bankenaufsicht darf Mittelstandskredite nicht verteuern



PROF. DR. STEPHAN GÖTZL

Die Überarbeitung des Baseler Regelwerks zur Bankenregulierung ist eine der wichtigsten Reaktionen auf die Banken- und Finanzkrise. Innerhalb der Europäischen Union konnte nach langwierigen Trilogverhandlungen im März 2013 auf politischer Ebene eine Einigung erzielt werden. Ende Juni 2013 wurden die EU-Verordnung (Capital Requirements Regulation, CRR) und die EU-Richtlinie (Capital Requirements Directive IV, CRD IV) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Somit kann Basel III Anfang 2014 in Kraft treten und ist dann für Banken innerhalb der EU rechtsverbindlich.

Dabei ist es gelungen, den Krediterfordernissen mittelständischer Betriebe Rechnung zu tragen. Denn die Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) weisen aufgrund ihrer guten Diversifikation geringere Ergebnisschwankungen auf als Kredite an große Unternehmen. Gleichzeitig haben sie eine enorme Bedeutung für die Finanzierung des Mittelstands und damit das Wohlergehen der Volkswirtschaft. Auf Initiative von Vertretern der mittelständischen Wirtschaft und der Deutschen Kreditwirtschaft wurde deshalb in den finalen Gesetzestext der CRR ein Korrekturfaktor eingefügt, der die pauschale Eigenkapitalerhöhung für KMU-Kredite wieder ausgleicht. Auf diese Weise wird einer Vertauung beziehungsweise Verknappung von KMU-Krediten entgegengewirkt und die Finanzierung des deutschen Mittelstands vorläufig gesichert.

Allerdings steht der KMU-Korrekturfaktor unter einem Prüfungsvorbehalt. Drei Jahre nach Inkrafttreten von Basel III soll seine Angemessenheit von der Europäischen Kommission mithilfe der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde EBA überprüft werden. Mit der Revision besteht die Gefahr, dass die Eigenkapitalerleichterungen für KMU im Jahr 2017 gestrichen werden und damit die Vergabe von Mittelstandskrediten regulierungsbedingt verteuert und eingeschränkt wird. Da insbesondere deutsche KMU hiervon betroffen wären, setzt sich der Genossenschaftsverband Bayern für einen dauerhaften Erhalt des Korrekturfaktors ein. Hierfür gibt es gute Argumente. Bereits im Rahmen der Gesetzgebung zu Basel III wurde die Diskussion über die adäquate Eigenkapitalunterlegung von KMU-Krediten von verschiedenen Studien begleitet. Diese ergaben, dass die nun im Rahmen der EU-Verordnung CRR eingeräumten Eigenkapitalerleichterungen für deutsche KMU-Kredite nicht nur aufgrund der hohen Bedeutung des Mittelstands für die deutsche Volkswirtschaft, sondern auch unter Risikogesichtspunkten gerechtfertigt sind.

Die Deutsche Kreditwirtschaft untersuchte beispielsweise die Angemessenheit des Eigenkapitalniveaus, das für KMU-Kredite vorzuhalten ist. Hierfür wurde auf teilweise bis in das Jahr 2000 zurückreichende, umfangreiche Daten der Genossenschaftsbanken und Sparkassen zurückgegriffen. Verschiedene Kennzahlen lassen erkennen, dass sich die Risiken der Kreditvergabe an KMU während der Finanzkrise nicht signifikant erhöht haben. Außerdem wird deutlich, dass die Eigenkapitalanforderungen für KMU-Kredite bereits unter Basel II wesentlich höher sind als die entsprechenden Risiken.

Zu diesem Ergebnis kommt grundsätzlich auch eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank. Mithilfe detaillierter Aufsichtsdaten deutscher Kreditinstitute hat sie die Unterschiede zwischen empirisch begründbaren und tatsächlichen regulatorischen Erleichterungen für KMU-Kredite untersucht. Die Ergebnisse der Bundesbank-Studie liefern gute Argumente dafür, dass die Eigenkapitalentlastung für deutsche KMU-Kredite durch den Korrekturfaktor nicht nur wegen des hohen wirtschaftlichen Stellenwerts der Mittelstandsfinanzierung, sondern auch unter Risikoaspekten berechtigt ist. Leider wird die auf dem Baseler Regel-

werk beruhende Methodik der Deutschen Bundesbank von der EBA bisher nicht ausreichend berücksichtigt. In einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Studie zur Angemessenheit der KMU-Risikogewichte vom September 2012 mahnt die EBA zu großer Vorsicht, um die Finanzstabilität einerseits und die Konsistenz des Regelwerks andererseits nicht zu gefährden. Um die Kreditvergabe an KMU zu fördern, will die EBA deshalb höchstens eine vorübergehende Erleichterung der Eigenkapitalanforderungen für KMU-Kredite zulassen. Zudem schlägt die Behörde eine Reihe alternativer Maßnahmen zur Förderung von KMU-Finanzierungen wie Venture Capital, Private Equity, Verbriefungen und Privatplatzierungen von Anleihen vor. Diese Vorschläge der EBA als Lösung aller Finanzierungsprobleme von KMU zu betrachten, ist jedoch realitätsfern und geht an den Bedürfnissen der Betriebe vorbei. Da hilft allein schon der Blick auf die Konditionen: Derzeit reichen die deutschen Banken großvolumige Unternehmenskredite mit einer Laufzeit über 5 Jahren zu festen Zinssätzen unter 3 Prozent aus. Dagegen rentierten die im ersten Halbjahr 2013 an der Frankfurter Börse im Mittelstandsegment begebenen Anleihen mit langen Laufzeiten bei durchschnittlich rund 7 Prozent.

Es ist wichtig, die Eigenkapitalanforderungen für KMU adäquat zu ermitteln. Die EBA sollte Kriterien und Methodik der Deutschen Bundesbank bei der Vorbereitung der eigenen Analysen zur Bewertung des Korrekturfaktors aufgreifen. Konkret sollte sie den auf Deutschland angewendeten Ansatz auf andere EU-Mitgliedsstaaten übertragen und entsprechende Analysen mit einer breiteren Datengrundlage durchführen. Damit würde ein umfassendes Risikobild der Mittelstandsfinanzierung in Europa geschaffen. Es ist denkbar, dass die dann vorliegenden Länderergebnisse stark voneinander abweichen. In diesem Fall müsste der Regulierungsrahmen so angepasst werden, dass er risikoadäquate länderspezifische Regelungen auf nationaler Ebene erlaubt. Damit würde sichergestellt, dass der insbesondere für Deutschland spezifischen hohen Bedeutung des Mittelstands für die Volkswirtschaft in den EU-Eigenkapitalanforderungen dauerhaft Rechnung getragen wird.

PROF. DR. STEPHAN GÖTZL
Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident Genossenschaftsverband Bayern

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

15. September 2013 – Bezirk München

Traditioneller Mittelstandspolitischer Frühlingsessen von Wirtschaftsbeirat und Mittelstandsunion „Beim Sedlmayr“ am Sonntag vor der Wiesn, der diesmal zugleich Tag der Bayernwahl war. Für „politische Wegweisung“ sorgte wie im Vorjahr MdL Markus Blume. Wirt Rudi Färber, Ensinger-Repräsentant Werner Zimmermann und Metzgermeister Ludwig Wallner spendierten rd. 150 Mitgliedern und Gästen großzügig Bier, alkoholfreie Getränke und Weißwürste.



Foto v.l.n.r.: Bezirksvorsitzender Hans Hammer, Markus Blume, Rudi Färber, Ludwig Wallner, Werner Zimmermann, Thomas Schmatz (Mittelstandsunion)

17. September 2013 – Ausschüsse für Umweltpolitik und Energie- und Rohstoffpolitik

„Fracking – Fluch oder Segen?“ stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Vortragsveranstaltung der Ausschüsse für Umweltpolitik und für Energiepolitik. Prof. Dr. Peter Reichetseder, Managing Director E.ON Exploration & Production, und Jörg Schindler, Vorstandsvorsitzender ASPO Deutschland, referierten. Hinsichtlich der Reichweite von Schiefergas und „Tight Oil“ kamen beide zu stark divergierenden Einschätzungen.



Foto v.l.n.r.: Energieausschuss-Vorsitzender Armin Geiß, Prof. Dr. Peter Reichetseder, Jörg Schindler, Umweltausschuss-Vorsitzender Dr. Willi Kleine, Dr. Johannes Richter

19. September 2013 – Bezirk München und Ausschuss für Energiepolitik

Über den möglichen Beitrag von „Power-to-Gas“ (Umwandlung von Strom in Gas und zurück von Gas in Strom) zur Energiewende informierte Andreas Weber, Projektleiter im

Bereich Energiesysteme und Energiedienstleistungen bei der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena). Prof. Dr. Roland Meyer-Pittroff, em. Ordinarius für Energie- und Umweltechnik der Lebensmittelindustrie der TU München, stellte dem den Ansatz „Power to Liquid“ (Umwandlung von Strom in Treibstoff) gegenüber.



Foto v.l.n.r.: Andreas Weber, Prof. Dr. Roland Meyer-Pittroff, Energieausschussvorsitzender Armin Geiß

23. September 2013 – Arbeitskreis Unternehmenssicherheit

Erste Veranstaltung der Trilogie „Risiko- und Sicherheitsmanagement“. Dr. Rudolf Kreuzer, Leiter des Zentrums für Systemisches Denken, arbeitete in seinem Vortrag heraus, dass neue Bedrohungen ein völlig neues Sicherheitsbewusstsein erfordern.



Foto Philipp Pollems (3.v.li.), Dr. Rudolf Kreuzer (4.v.li.)

25. September 2013 – Ausschuss für Europapolitik



Foto v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Prof. Dr. Hermann Schoenauer mit Frau, Dr. Ingo Friedrich

Ausschussvorsitzender Dr. Ingo Friedrich hatte Prof. Dr. Hermann Schoenauer, Rek-

tor des Evang.-Luth. Diakoniewerkes Neudettelsau, zu Gast. „Europäische Sozialunternehmen heute“ war Thema seines Vortrags. Darin wurde die Gratwanderung zwischen sozialer Sensibilität und wirtschaftlicher Effizienz deutlich.

30. September 2013 – Bezirk Inn/Salzach

Im „Gästecasino“ der Wacker Chemie AG stand die „Modellbasierte Energieoptimierung am Beispiel der Lebensmittel- und Getränkeindustrie“ auf der Tagesordnung. Als Experte referierte: Dr. Tobias Voigt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehrstuhls für Lebensmittelverpackungstechnik des Wissenschaftszentrums Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt der Technischen Universität München.



Foto v.l.n.r.: Dr. Tobias Voigt, Dr. Hans Peter Wagner/ Finze & Wagner (Stv. Vorsitzender)

30. September 2013 – Ausschuss für Mittelstandspolitik

„Internet-Marketing und Social Media – Was hat der Mittelstand davon?“ – darüber informierten in Theorie und Praxis unter der Leitung von Alexander Lerch Thomas Stahl, Geschäftsführer der IcosAkademie und IcosMedia, und Alexander Egger, WE Hotels & Gastronomie - Vorstand der Wickenhäuser & Egger AG.



Foto v.l.n.r.: Ausschussvorsitzender Thorsten Sponholz, Alexander Egger, Thomas Stahl, Alexander Lerch (Stv. Vorsitzender)

1. Oktober 2013 – Bezirk Aschaffenburg

Mal anders: Waldbegehung im Forstbetrieb Rothenbuch (Spessart) der Bayerischen Staatsforsten. Betriebsleiter Jann Oetting (Foto mi.) hatte sie unter das Motto „Forst-

wirtschaft – Schützen durch Nützen“ gestellt. Dazu eingeladen hatte Dr. Astrid Nitz, Vorsitzende des Bezirks Aschaffenburg (im Foto 3. v. re.).



Foto: Jann Oetting, Forstbetriebsleiter der Bayerischen Staatsforsten (Forstbetrieb Rothbuch) informiert die Teilnehmer

14. Oktober 2013 – Ausschuss Verkehrspolitik

Im Auditorium des MAN Truck Forums tagte der Verkehrsausschuss unter der Leitung des Vorsitzenden Hans Wormser. Zu einem der großen Zukunftsthemen „Mobilität in Städten – Lösungsansätze von München bis Shanghai“ sprach Dr. Georg Pachta-Reyhofen, Sprecher des Vorstandes MAN SE.

14. Oktober 2013 – Bezirke Regensburg und Weiden/Nordoberpfalz

Die Bezirke Regensburg und Weiden/Nordoberpfalz waren zu Gast bei der Bayernwerk AG in Regensburg. Vorstandsvor-

sitzender Reimund Gotzel ging der Frage nach: „Ist die Versorgungssicherheit im Netz gefährdet?“. Vortrag und Diskussion, moderiert von Dr. Ulrich Mayr, ehem. Vorstand der TEAG Thüringer Energie AG, offenbarten zahlreiche offene Flanken der Energiewende.



Foto v.l.n.r.: Dr. Ulrich Mayr, Reimund Gotzel, Professor Dr. Claus C. Berg (Bezirksvorsitzender Regensburg), Helmut Hör (Bezirksvorsitzender Weiden)

15. Oktober 2013 – Ausschuss Finanzmärkte

Einer Einladung des Vorsitzenden Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler war Peter Praet, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank gefolgt. Vor großem Auditorium im Königssaal des Bayerischen Hofes referierte der Chefökonom der EZB über „Economic prospects in an uncertain environment“.



Foto v.l.n.r.: Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Peter Praet

17. Oktober 2013 – Arbeitskreis Unternehmenssicherheit

Teil II der Vortragstrilogie „Risiko- und Sicherheitsmanagement“ widmete sich dem Thema „Sicherheit im Internet“. Dr. Oliver Bär, Leiter des Sachgebiets Cybersicherheit im Bayerischen Innenministerium, stellte das neu gegründete Cyber-Allianz-Zentrum vor, an das sich mittelständische Betriebe im Bedrohungsfall wenden können.



Foto v.l.n.r.: Arbeitskreisvorsitzender Philipp Pollems, Dr. Oliver Bär, Dr. Jürgen Hofmann

Terminvorschau

13. November, München

Generalversammlung: Mitgliederversammlung und Vortragsveranstaltung „Bayern und Deutschland nach den Wahlen“

19. November, Burghausen (verschoben auf 2014)

Bezirk Inn/Salzach und Ausschuss für Umweltpolitik: Dr. Marcel Huber, MdL, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, „Energiewende“

25. November, Regensburg

Bezirk Regensburg: Ostbayerisch-Böhmische Verkehrskonferenz

26. November, München

Bezirk München: Georg Fahrenschon, Präsident Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Hans Georg Sultze, Rechtsanwalt und Mediator, „Basel III und Europäische Bankenaufsicht“

28. November, München

Junge Unternehmer: Weihnachtsessen mit Eisstockschießen

28. November, München

Arbeitskreis Wirtschaft und Kirchen: Pater Eberhard von Gemmingen, Leiter der Spendenabteilung der deutschen Jesuiten, vormals Chef der deutschsprachigen Redaktion von Radio Vatikan, „Kann Papst Franziskus die Kirchenkrise meistern?“

9. Dezember, Regensburg

Bezirk Regensburg: Weißwurstfrühstück mit Abgeordneten

Impressum: Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, **Vi.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 22.10.2013, **Produktion:** Weltbuch Verlag GmbH, www.weltbuch.com

Lesen, was Sache ist. Dafür stehen unsere Autoren.

Lisa Fitz, Dr. Theodor Waigel, Prof. Bert Rürup, Prof. Paul Craig Roberts, Randy Braumann, Andreas Köpke, Ingo Steuer, Jozef Banás, Uli Suckert, Hubert Sauer-Zur (+), Prof. Claus Hipp, Dieter Thomas Heck, Manfred Hettlage, Charles Brauer, Prof. Ulrich Blum, Karl Wolfgang Barthel, Aljona Savchenko, Robin Szolkowy, Michael Heiderich, Peter Chemnitz, Bernd Müller-Kaller

 **WELTBUCH**
Verlag GmbH

www.weltbuch.com/buch